



13. Rechenschaftsbericht über die Jahre 2001 und 2002

*Verwaltungsgericht des Kantons Zug
an den Kantonsrat*

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 60 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes erstat-
ten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit in den Jahren 2001 und
2002.

Wir versichern Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen, sehr
geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Zug, 25. Februar 2003

Für das Verwaltungsgericht

Der Präsident:
Dr. iur. Albert Dormann

Der Kanzleivorsteher:
Dr. iur. Aldo Elsener

PERSONELLES UND ORGANISATION

Der vorliegende 13. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes betrifft die Jahre 2001 und 2002, somit die ersten zwei Jahre der Amtsperiode 2001 bis 2006.

Mitglieder In stiller Wahl wurden alle bisherigen Mitglieder des Gerichtes wiedergewählt, nämlich: Dr. iur. Albert Dormann, Zug, Heidi Jans-Dejung, Zug, lic. iur. Oskar Müller, Baar, Dr. oec. HSG Peter A. Henggeler, Unterägeri, lic. iur. Jacqueline Iten-Staub, Zug, Dr. iur. Peter Bellwald, Baar, und lic. iur. Felix Gysi, Zug.

Ersatzmitglieder Ebenfalls in stiller Wahl wurden die Ersatzrichter gewählt. Dies sind die bisherigen Dr. med. vet. Josef Bieri, Hagendorn, Longina Arnold-Kehl, Steinhausen, Dr. med. Vinzenz Zortea, Cham, und Silvia Rebmann, Zug. Neu gewählt wurden Agatha Rüttschi-Blattmann, Steinhausen, und lic. iur. Ivo Klingler, Walchwil.

*Präsidium
Hauptämter* Präsidium und Hauptämter blieben in der Berichtsperiode unverändert besetzt. Am 26. Oktober 2000 wählte der Kantonsrat Dr. iur. Albert Dormann wiederum als vollamtlichen Präsidenten und Dr. iur. Peter Bellwald als hauptamtlichen Richter. Als Vizepräsidenten bestellte das Gericht wiederum den nebenamtlichen Richter lic. iur. Oskar Müller.

Kammern Das Gericht setzte seine Arbeit in der Berichtsperiode mit einer unveränderten Besetzung der Kammern fort. Am 6. November 2001 wurde Jacqueline Iten-Staub als weitere Stellvertreterin des Einzelrichters im Ausländerrecht bestellt. Es ergibt sich folgende Übersicht:

1. Verwaltungsrechtliche Kammer:
Dormann* (Vorsitz), Henggeler*, Müller, Iten-Staub, Gysi*
(* = Dreier-Besetzung bei SVG-Massnahmen)
Einzelrichter Ausländerrecht: Dormann; Stellvertreter: Gysi,
Bellwald, Iten-Staub (seit 6. November 2001)
2. Abgaberechtliche Kammer:
Dormann* (Vorsitz), Jans-Dejung, Henggeler*, Müller, Gysi*
(* = ordentliche Dreier-Besetzung)
3. Sozialversicherungsrechtliche Kammer:
Bellwald (Vorsitz), Jans-Dejung, Müller, Iten-Staub, Gysi
Ordentliche Dreier-Besetzung in den Bereichen:
AHV-Beschwerden, AVIG, KVG: Bellwald, Jans-Dejung,
Iten-Staub
IVG, UVG, ELG, EOG, FLG, KZG, MVG: Bellwald, Jans-
Dejung, Müller
AHV-Klagen, BVG: Bellwald, Müller, Gysi
4. Fürsorgerechtliche Kammer:
Bellwald* (Vorsitz), Jans-Dejung*, Henggeler, Müller, Iten-
Staub*
(* = ordentliche Dreier-Besetzung)

Sitzungen

Das Verwaltungsgericht trat in den Berichtsjahren zu 151 Sitzungen zusammen. In der letzten Berichtsperiode waren es 131 Sitzungen. Die Sitzungen verteilen sich wie folgt auf die Berichtsjahre und die Kammern:

	2001	2002	Total
Gesamtgericht	7	3	10
1. Kammer	25	26	51
2. Kammer	14	13	27
3. Kammer	15	16	31
4. Kammer	14	18	32
Total	75	76	151

Das Gesamtgericht befasste sich mit den ihm obliegenden Fragen der Justizverwaltung und Justizgesetzgebung. Das Gericht hatte zu einer Motion betreffend Voraussetzungen für die Wahl in das Kantons-, Straf-, Ober- und Verwaltungsgericht Stellung zu nehmen. Es kam zum Schluss, dass beim Verwaltungsgericht kein Handlungsbedarf für gesetzliche Wählbarkeitsbeschränkungen gegeben ist. Erwähnung verdient sodann die Mitwirkung bei der Vorbereitung des neuen Anwaltsgesetzes und des neuen Archivgesetzes. Wie in der letzten Berichtsperiode, hatte sich das Gericht auch mit den Fragen Parlamentsreform/Kantonsratsgesetz auseinander zu setzen, wobei auch für die zweite Lesung Obergericht und Verwaltungsgericht dem Kantonsrat einen gemeinsamen Antrag einreichten. Die Eingaben der Gerichte betrafen insbesondere die Abgrenzung zwischen Oberaufsicht und Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Mit der Ablehnung des Reformvorhabens durch den Kantonsrat wurden allerdings die Ergebnisse der Detailberatung gegenstandslos. In eigener Zuständigkeit passte das Verwaltungsgericht am 28. August 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2002 die Verordnung über die Kosten im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht der Teuerung an.

Bei Verhinderung eines Richters werden in erster Linie die weiteren Richter der Kammer beigezogen. Im Weiteren stehen die Ersatzrichter zur Verfügung, welche 2001 zehn Mal und 2002 fünfzehn Mal an Sitzungen mitwirkten.

Auf dem Zirkulationsweg wurden 2001 drei und 2002 sieben Geschäfte erledigt.

Gemäss Kantonsratsbeschluss vom 26. Oktober 2000 sind beim Verwaltungsgericht für die Jahre 2001 bis 2006 7,5 Personalstellen bewilligt. Angesichts der mehrjährigen Dauer des Plafonierungsbeschlusses wurde eine halbe Stelle als Reserve begründet. Diese Reserve musste in der Berichtsperiode nicht beansprucht werden. Die 7 Stellen verteilen sich auf 5 Gerichtsschreiberstellen und 2 Kanzleisekretärinnen.

Kanzlei

Auf Ende Juli 2002 trat Gerichtsschreiberin lic. iur. Kezia Baader aus dem Staatsdienst aus, um sich im Ausland einer neuen Aufgabe zu widmen. Für ihre Tätigkeit beim Verwaltungsgericht sei ihr an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. Zum Nachfolger mit Amtsantritt am 1. November 2002 wählte das Gericht lic. iur. Hermann Köchli, Baar. Weitere Mutationen sind in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

GESCHÄFTE

Übersicht über die Geschäfte

Über die Zahl der in den Jahren 2001 und 2002 eingegangenen sowie aus den Vorjahren übernommenen Fälle und über deren Erledigung geben die Tabellen 1 und 2 Aufschluss. Um den Mehrjahresüberblick zu erleichtern, werden nachstehend die Neueingänge und Erledigungen der Berichtsperiode und der Vorperioden dargestellt.

	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen Ende Jahr
1995	357	325	260
1996	391	265	386
1997	429	373	442
1998	456	462	436
1999	445	506	375
2000	403	442	336
2001	356	447	245
2002	435	495	185

Diese Zahlen zeigen, dass im Jahre 1997 ein Höchststand an Pendenzen per Ende Jahr von 442 erreicht wurde, welcher kontinuierlich bis Ende 2002 auf 185 Fälle abgebaut werden konnte. Die Belastung des Gerichtes hat sich weitgehend normalisiert. Die Zahl der Erledigungen konnte dank der Bewilligung zusätzlichen Personals und vermehrtem Einsatz nebenamtlicher Mitglieder des Gerichts erhöht werden. Andererseits kam dem Pendenzenabbau auch der Rückgang bei den Neueingängen seit der Spitze im Jahre 1998 zugute. Auffallend ist der Wiederanstieg der Neueingänge im Jahre 2002 mit 435 Fällen gegenüber 356 Fällen im Jahre 2001.

Die Tabelle 3 zeigt, auf welche Sachgebiete sich die in den Jahren 2001 und 2002 eingegangenen Fälle verteilen. Der deutliche Zuwachs an Neueingängen im Jahre 2002 beschränkt sich auf die verwaltungsrechtliche Kammer. Abgesehen vom üblichen Schwankungsbereich sind am Zuwachs das Ausländerrecht, das Baurecht sowie das Vergaberecht beteiligt.

*Geschäfte
nach Sach-
gebieten*

Bei den steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fällen ergibt sich die Vorinstanz aus dem Gegenstand des Verfahrens. Über die Vorinstanzen im Bereich des «allgemeinen Verwaltungsrechts» in der Zuständigkeit der 1. Kammer orientiert die nachstehende Tabelle. Die Zahl in Klammern gibt die Anzahl der Beschwerden an, die vom Regierungsrat mit Zustimmung des Beschwerdeführers an das Verwaltungsgericht zur direkten Beurteilung überwiesen wurden (Sprungbeschwerden). Der Haftrichter überprüft Haftanordnungen des Kantonalen Amtes für Ausländerfragen oder direkt bei ihm eingereichte Gesuche um Haftentlassung.

Vorinstanz

Vorinstanz bei den erledigten		
Fällen der 1. Kammer	2001	2002
Regierungsrat	32 (0)	47 (2)
Kantonale Direktion	48	58
Kantonales Amt für Ausländerfragen	40	64
Gemeinderäte	12	14
Andere	4	9
Total	136	192

Verfahrensdauer

Die Tabelle 4 gibt für die Jahre 2001 und 2002 Auskunft über die Verfahrensdauer der erledigten Fälle. Entsprechend der Normalisierung der Pendenzen ergibt sich auch eine Verkürzung der Verfahrensdauer. Im entsprechenden Zeitabstand wird eine wachsende Zahl von Erledigungen in kürzerer Verfahrensdauer ausgewiesen. Die per Ende der Berichtsperiode noch hängigen Fälle aus den Vorjahren sind in der Tabelle 2 ausgewiesen. Bei den sistierten Verfahren müssen Verhandlungen oder Prozesse vor anderen Gerichten abgewartet werden. Bei den nicht sistierten, vor 2002 eingegangenen Fällen, sind meist Beweisverfahren, insbesondere Begutachtungen, für die lange Verfahrensdauer verantwortlich.

Weiterzug an das Bundesgericht

Die Tabelle 5 gibt per 1. Januar 2003 Auskunft über die an die obersten Gerichte weitergezogenen Fälle, soweit sie die Berichtsperiode und die Vorjahre betreffen, sowie deren Erledigung. Die Fälle der sozialversicherungsrechtlichen Kammer unterliegen dem Weiterzug ans Eidgenössische Versicherungsgericht. Die Urteile der übrigen Kammern unterliegen der Überprüfung durch das Bundesgericht.

Gebührenertrag

Beim Gebührenertrag ist zu bedenken, dass der grösste Teil der Verfahren von Gesetzes wegen kostenlos ist. Beispielsweise betraf dies von den 435 neuen Verfahren des Jahres 2002 282 Fälle. Dazu kommen die nachstehend aufgeführten Bewilligungen der unentgeltlichen Rechtspflege. Bei den grundsätzlich kostenpflichtigen verbleibenden Verfahren sind die Kosten in der Regel nur den unterliegenden Privatparteien aufzuerlegen, dem Gemeinwesen nur ausnahmsweise. In den Berichtsjahren betragen die Gebühren:

2001: Fr. 70 500.–

2002: Fr. 118 900.–

Die Anzahl der Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und um Bestellung eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes belief sich 2001 bzw. 2002 auf 18 bzw. 15, wovon 14 bzw. 12 bewilligt wurden.

*Unentgeltliche
Rechtspflege*

Das Verwaltungsgericht gibt nach wie vor seine grundsätzlichen Entscheide jährlich an Interessenten sowie an die Presse ab (Zahl der Abonnenten: 130). Diese Präjudizien werden in die neuerdings auch jährlich erscheinende gemeinsame Entscheidsammlung der Gerichte und Verwaltungsbehörden «Gerichts- und Verwaltungspraxis des Kantons Zug» (GVP) übernommen.

*Veröffent-
lichung grund-
sätzlicher
Entscheide*

Übersicht über die Geschäfte 2001

Tabelle 1

Kolonne	Eingänge	Erledigungen					Tot. Urteile Kol. 2-4	Abschrei- bungen	Total Kol. 5 + 6	Pendent per Ende 2001
		Urteile		Nichteintr.	Total					
		Gutheiss.	Abweis.							
<i>I</i>		2	3	4	5	6	7	8		
A Vom Jahre 1992 übernommene Fälle										
1. Kammer	3			3	3		3			
Total	3			3	3		3			
B Vom Jahre 1996 übernommene Fälle										
1. Kammer	1	1			1		1	1 (1*)		
3. Kammer	4				2		2	2		
Total	5	2	1		3		3	2		
C Vom Jahre 1997 übernommene Fälle										
1. Kammer	4	2	1		3		3	1 (1*)		
3. Kammer	2	1			1		1	1		
Total	6	3	1		4		4	2 (1*)		
D Vom Jahre 1998 übernommene Fälle										
1. Kammer	3		3		3		3			
2. Kammer	9	5	3		8	1	9			
3. Kammer	14	6	5	1	12		12	2 (1*)		
Total	26	11	11	1	23	1	24	2 (1*)		
E Vom Jahre 1999 übernommene Fälle										
1. Kammer	16	4	10	1	15	1	16	5 (2*)		
2. Kammer	20	5	10		15		15	9 (1*)		
3. Kammer	51	13	24	2	39	3	42	14 (3*)		
Total	87	22	44	3	69	4	73			

F Vom Jahre 2000 übernommene Fälle	1. Kammer	39	3	18	1	21	9	30	9
	2. Kammer	20	2	9		12		12	8
	3. Kammer	149	30	59	3	92	15	107	42 (3*)
	4. Kammer	1					1	1	
	Total	209	35	86	4	125	25	150	59 (3*)
Übernommene Fälle (A+B+C+D+E+F)		336	73	143	11	227	30	257	79 (8*)
G Neue Fälle 2001	1. Kammer	116	9	53	3	65	15	80	36 (1*)
	2. Kammer	27	1	4	1	6	9	15	12 (1*)
	3. Kammer	183	9	14	2	25	40	65	118 (8*)
	4. Kammer	30	1	14	4	19	11	30	
	Total	356	20	85	10	115	75	190	166 (10*)
Gesamttotal (A-G)		692	93	228	21	342	105	447	245 (18*)
		100	27	67	6	100	23	65	35
								100	

(*davon sistiert)

Übersicht über die Geschäfte 2002

Tabelle 2

Kolonne	Eingänge	Erledigungen				Tot. Urteile Kol. 2-4	Abschrei- bungen	Total Kol. 5 + 6	Pendent per Ende 2002
		Urteile		Nichteintr.					
		Gutheiss.	Abweis.						
<i>I</i>		2	3	4	5	6	7	8	
A Vom Jahre 1996 übernommene Fälle									
3. Kammer	2					2	2		
Total	2					2	2		
B Vom Jahre 1997 übernommene Fälle									
1. Kammer	1					1	1		
3. Kammer	1					1	1		
Total	2					2	2		
C Vom Jahre 1998 übernommene Fälle									
3. Kammer	2					2	2		
Total	2					2	2		
D Vom Jahre 1999 übernommene Fälle									
2. Kammer	5	1				1	5		
3. Kammer	9	3	5			8	8	1	
Total	14	4	5			9	13	1	
E Vom Jahre 2000 übernommene Fälle									
1. Kammer	9	5	2			7	8	1 (1*)	
2. Kammer	8	5	3			8	8		
3. Kammer	42	16	17			33	35	7 (1*)	
Total	59	26	22			48	51	8 (2*)	

F Vom Jahre 2001 übernommene Fälle	1. Kammer	36	6	22	3	31	4	35	1 (1*)
	2. Kammer	12	5	5		10	1	11	1 (1*)
	3. Kammer	118	35	62		97	10	107	11 (3*)
	Total	166	46	89	3	138	15	153	13 (5*)
	Übernommene Fälle (A+B+C+D+E+F)	245	76	116	3	195	28	223	22 (7*)
G Neue Fälle 2002	1. Kammer	191	12	92	9	113	35	148	43 (2*)
	2. Kammer	27	7	7	1	15	3	18	9 (1*)
	3. Kammer	187	9	30	3	42	35	77	110 (6*)
	4. Kammer	30	4	12	1	17	12	29	1
	Total	435	32	141	14	187	85	272	163 (9*)
Gesamttotal (A-G)		680	108	257	17	382	113	495	185 (16*)
	% (bezogen auf Kol. 1)	100						73	27
	% (bezogen auf Kol. 5)		28	67	5	100	23	100	

(*davon sistiert)

Neueingänge nach Sachgebieten

Tabelle 3

Kammer/Sachgebiete	2001	2002
<i>1. Kammer</i>		
Stiftungsaufsicht	1	1
Spital-/Gesundheitswesen	3	3
Ausländerrecht	4	2
Haftrichter (Ausschaffungshaft)	40	65
Schulrecht		2
Vormundschafts-/Kindesrecht	2	2
Opferhilfegesetz	1	3
Submissionsverfahren	12	26
Bau- und Planungsrecht	15	34
Gewässerrecht	1	3
Umweltrecht	1	1
Waldgesetz	3	2
Enteignung		2
Politische Rechte		1
Gemeindewesen	5	3
Administrativmassnahmen SVG	27	31
Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland		1
Verfahrensrecht	1	2
Diverse		7
Insgesamt 1. Kammer	116	191
<i>2. Kammer</i>		
Kantonssteuer/Direkte Bundessteuer	14	20
Grundstückgewinnsteuer	10	7
Wehrpflichtersatz	2	
Handänderungsgebühren	1	
Insgesamt 2. Kammer	27	27
<i>3. Kammer</i>		
Alters- und Hinterlassenenversicherung	59	66
Invalidenversicherung	30	30
Ergänzungsleistungen	13	7
Arbeitslosenversicherung	26	33
Krankenversicherung	7	12
Unfallversicherung	23	18
Militärversicherung		
Kinderzulagen	6	7
Berufliche Vorsorge	18	12
Erwerbsersatzordnung	1	2
Insgesamt 3. Kammer	183	187
<i>4. Kammer</i>		
Fürsorgerische Freiheitsentziehung	30	29
Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen		1
Insgesamt 4. Kammer	30	30

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2001 nach Kammern

Tabelle 4 (2001)

Jahre Monate	1												Total				
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6		6-9	9-12	länger	
1. Kammer	45	17	8	15	11	8	4	5	3	5	5	5	1	2	-	7	136
2. Kammer	3	6	2	4	2	3	4	3	2	5	4	3	3	3	4	3	51
3. Kammer	19	19	9	25	32	16	26	21	26	12	7	5	5	5	1	6	229
4. Kammer	31	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
Total	98	42	19	44	45	27	34	29	31	22	16	9	10	5	16	447	

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2002 nach Kammern

Tabelle 4 (2002)

Jahre Monate	1												Total			
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6		6-9	9-12	länger
1. Kammer	82	24	14	32	19	6	2	4	2	6	-	-	-	-	1	192
2. Kammer	-	3	3	9	6	5	3	1	1	3	2	1	-	-	5	42
3. Kammer	25	7	5	26	31	38	15	34	20	12	5	-	6	2	6	232
4. Kammer	27	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29
Total	134	36	22	67	56	49	20	39	23	21	7	1	6	2	12	495

An das Bundesgericht weitergezogene Fälle (Stand 1. 1. 03)

Tabelle 5

Jahr Kammer	Vom Verwaltungsgericht beurteilte Fälle	Weitergezogene Fälle	Vom Bundesgericht erledigt					Pendent beim Bundesgericht
			Gutheisung	Rückweisung	Abweisung	Nichteintreten	Ab-schreibung	
1998	336	65	7	8	27	17	6	0
1. K.	111	18	3	–	4	7	4	0
2. K.	14	–	–	–	–	–	–	–
3. K.	194	43	4	8	23	6	2	0
4. K.	17	4	–	–	–	4	–	0
1999	393	58	10	6	33	7	1	1
1. K.	130	12	1	–	7	3	1	0
2. K.	26	1	–	–	1	–	–	0
3. K.	220	44	9	6	25	3	–	1
4. K.	17	1	–	–	–	1	–	0
2000	327	43	8	1	31	2	–	1
1. K.	111	13	3	–	9	1	–	0
2. K.	13	2	–	–	1	1	–	0
3. K.	198	28	5	1	21	–	–	1
4. K.	5	–	–	–	–	–	–	–
2001	342	48	9	2	23	6	3	5
1. K.	111	10	1	–	6	2	1	0
2. K.	41	1	–	–	1	–	–	0
3. K.	171	34	8	1	14	4	2	5
4. K.	19	3	–	1	2	–	–	0
2002	382	39	2	–	16	–	–	21
1. K.	151	13	–	–	9	–	–	4
2. K.	34	3	–	–	2	–	–	1
3. K.	180	21	2	–	3	–	–	16
4. K.	17	2	–	–	2	–	–	0

